

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Ahrendt, Dr. Max Stadler, Gisela Piltz,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/11378 –**

### **Notfinanzierungsmittel für EXIT-Deutschland zur Verfügung stellen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller setzen sich für die finanzielle Förderung der auf rechts-extremistische Aussteiger spezialisierten Initiative EXIT-Deutschland ein. Die staatlichen Fördermittel seien im Oktober 2008 eingestellt worden und ein neues Förderprogramm könne frühestens im April 2009 in Anspruch genommen werden. Zudem widersprüchen die Anforderungen der bestehenden Förderprogramme, die jeweils neue innovative Projekte voraussetzten, oftmals der auf Erfahrungswerten und konstanter Hilfestellung beruhenden Arbeit von EXIT-Deutschland.

Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden zu prüfen, ob kurzfristig eine Notfinanzierung für EXIT-Deutschland ermöglicht werden könne und inwieweit langfristig auf Konzepte wie das von EXIT-Deutschland fachspezifisch zugeschnittene Fördermittel zur Verfügung gestellt werden können.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/11378 abzulehnen.

Berlin, den 21. Januar 2009

### **Der Innenausschuss**

**Sebastian Edathy**  
Vorsitzender

**Kristina Köhler (Wiesbaden)**  
Berichterstatterin

**Gabriele Fograscher**  
Berichterstatterin

**Christian Ahrendt**  
Berichterstatter

**Ulla Jelpke**  
Berichterstatterin

**Monika Lazar**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Kristina Köhler (Wiesbaden), Gabriele Fograscher, Christian Ahrendt, Ulla Jelpke und Monika Lazar

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/11378** wurde in der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Dezember 2008 an den Innenausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

### II. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat kein Votum abgegeben.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 111. Sitzung am 21. Januar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 74. Sitzung am 21. Januar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

### III. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat den Antrag auf Drucksache 16/11378 in seiner 83. Sitzung am 21. Januar 2009 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** heben übereinstimmend die sinnvolle und erfolgreiche Arbeit der Initiative EXIT-Deutschland hervor. Jetzt gebe es einen guten und pragmatischen Vorschlag zur Lösung der Notfinanzierung. Es werde geprüft, ob diese aus Mitteln des Bündnisses für Demokratie und Toleranz erfolgen könne. Das Bundesministerium des Innern habe zu dieser Lösung bereits positive Signale, dass dies auch haushaltsrechtlich möglich sei, gegeben. Das Anliegen des Antrags sei deshalb als erledigt zu bewerten.

Die **Fraktion der FDP** wünscht Abstimmung. Der Antrag beinhalte einen Prüfantrag an die Bundesregierung, der auch die Darlegungen der Koalitionsfraktionen umfasse, so dass alle Fraktionen dem Antrag der FDP zustimmen könnten. 300 Ausgestiegene seien durch EXIT-Deutschland bereits betreut worden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstützt den Antrag. Bei dieser Sachlage habe sich wieder gezeigt, dass die nichtkontinuierliche Förderung eines Programms sehr nachteilig sei und diese Projekte dadurch erheblich zurückgeworfen werden. Die Übergangslösung werde aber als gut befunden. Jedoch müssten die bereitgestellten Fördermittel aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stimmt dem Antrag ebenfalls zu. Zu betonen sei allerdings, dass eine Lösung bereits in den obligatorischen Haushaltsberatungen im Herbst 2008 möglich gewesen wäre. Bei der nunmehr angedachten Lösung sei zu klären, von wem die in Aussicht gestellten finanziellen Mittel im Endeffekt zu tragen seien.

Berlin, den 21. Januar 2009

**Kristina Köhler (Wiesbaden)**  
Berichterstatlerin

**Gabriele Fograscher**  
Berichterstatlerin

**Christian Ahrendt**  
Berichterstatler

**Ulla Jelpke**  
Berichterstatlerin

**Monika Lazar**  
Berichterstatlerin

